



PROTOKOLL STADTRAT KLOTEN

23. August 2022 · Beschluss 186-2022

5.3 Kindes und Erwachsenenschutz

IDG-Status: öffentlich

Heimtaxen; Rückforderung; Einverständniserklärung und Solidaritätsbeitrag

Ausgangslage

Das Verwaltungsgericht hat mit Entscheid (VB.2021.00376 und VB.2021.00365) vom 28. März 2022 betreffend Pilotprozess der beiden Gemeinden Erlenbach und Regensdorf über die "Versorgertaxe bei Heimaufenthalt" für die Jahre 2006 bis 2016 den beiden Gemeinden Recht gegeben. Damit nun nicht jede Gemeinde ihre Rückforderungsansprüche gegenüber der Bildungsdirektion vertreten muss, übernimmt der GPV die Verhandlungsführung und sucht gemeinsam mit der Sozialkonferenz und der Bildungsdirektion nach einer pragmatischen und für beide Seiten faire Lösung.

Regierungsrätin Dr. Silvia Steiner hat in diesem Zusammenhang bereits mit Schreiben vom 08.07.2022 auf die Einrede der Verjährung verzichtet, soweit diese nicht bereits eingetreten ist. Der Verzicht gilt bis spätestens 30.06.2023.

Damit der leitende Ausschuss des GPV die Verhandlungen aufnehmen kann, benötigen dessen Vertreter eine Bevollmächtigung der zu vertretenden Gemeinden. Der GPV stellte den Gemeinden dazu eine entsprechende Einverständniserklärung zu.

Kompetenzen

Gemäss Gemeindeordnung Art 27, Abs. 3, lit. b, ist der Stadtrat zuständig für das Führen von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung. Bei der Ermächtigung des GPV zur Verhandlungsführung (Stellvertretung) handelt es sich zwar noch nicht um einen Prozess, jedoch um eine rechtliche Auseinandersetzung, für die auf dem Verhandlungsweg eine Lösung gefunden werden soll. Ein Scheitern der Verhandlungen würde dann den Prozessweg für die Stadt Kloten notwendig machen. Die Unterzeichnung der Einverständniserklärung liegt deshalb im Kompetenzbereich des Stadtrats.

Solidaritätsbeitrag

Der GPV ersucht die Gemeinden um einen Solidaritätsbeitrag für die beiden Gemeinden Erlenbach und Regensdorf, die den Pilotprozess betreffend Zuständigkeit der Versorgertaxen gegenüber der Bildungsdirektion geführt und erfolgreich abgeschlossen haben. In einer ersten Solidaritätsaktion kamen im Januar 2019 Fr. 100'000.00 durch freiwillige Beiträge von Gemeinden zusammen. Die ungedeckten Anwaltskosten belaufen sich auf insgesamt Fr. 265'000.00. Ziel ist es, mit einer zweiten Solidaritätsaktion, nochmals Fr. 150'000.00 über den GPV zu sammeln. Bei der ersten Sammelaktion wurde durch den GPV ein Beitrag von Fr. 0.10 pro Einwohner/in empfohlen. Die Stadt Kloten hatte sich damals nicht beteiligt.

Kompetenzen

Gemäss Gemeindeordnung Art. 29, Abs.2, lit. d beschliesst der Stadtrat in abschliessender Kompetenz über einmalige nicht im Budget enthaltene Ausgaben von max. Fr. 250'000.00 im Einzelfall. Ein Solidaritätsbeitrag im Umfang der ersten Aktion von Fr. 0.10 pro Einwohner würde sich somit auf Fr. 2'100.00 belaufen.

Antrag

Um ein koordiniertes Vorgehen bei den Rückforderungen der unrechtmässig bezahlten Versorgertaxen für die Jahre 2006 – 2016 zu ermöglichen, beantragt der Stadtrat Soziales der Vertretung durch den GPV zuzustimmen und die Einverständniserklärung zu unterzeichnen. Dem Aufwand der Pilotprozessgemeinden Erlenbach und Regensdorf soll mit einem Solidaritätsbeitrag durch die Stadt Kloten in der Höhe von mindestens Fr. 0.10 pro Einwohnerin und Einwohner Rechnung getragen werden.

Beschluss:

1. Der Stadtrat delegiert die Verhandlungsführung gemäss GO Art 27, Abs.3, lit b, betreffend "Versorgertaxen" an den GPV Kanton Zürich. Die entsprechende Einverständniserklärung wird unterzeichnet.
2. Der Stadtrat bewilligt einen Solidaritätsbeitrag an die beiden Pilotprozessgemeinden Erlenbach und Regensdorf gemäss GO Art. 29, Abs. 2, lit. d von Fr. 2'100 zu Lasten Konto 122080/363600 (freiwillige Beiträge Soziales). Der Stadtrat beauftragt die Bereichsleiterin Einwohner, Soziales und Sicherheit den bewilligten Betrag an den GPV zu überweisen.

Mitteilungen an:

- GPV, Hr. Jörg Kündig, Präsident c/o Gemeindeverwaltung Gossau, Bahnhofstrasse 4, 8625 Gossau ZH
- Stadtrat Soziales, Kurt Hottinger
- Bereichsleiterin Einwohner, Soziales und Sicherheit
- Leiter Sozialdienst
- Leiter Finanzen

Für Rückfragen ist zuständig: Elsbeth Fässler, Bereichsleiterin Einwohner, Soziales und Sicherheit.

STADTRAT KLOTEN


René Huber
Präsident


Thomas Peter
Verwaltungsdirektor

Versandt: 25. Aug. 2022